

Inhaltsverzeichnis

Teil 1

Einleitung	17
A. Die elektronische Aufenthaltsüberwachung für gefährliche Straftäter in Deutschland	17
B. Forschungsziel und Forschungsmethode	20
C. Gang der Untersuchung	22

Teil 2

Gesamtverständnis der EAÜ in den 3 Ländern 24

Kapitel 1	
Historische Übersicht	24
A. USA	24
I. Entstehung	24
1. Der erste Versuch von <i>Ralph Schwitzgebel</i>	24
2. Umsetzung in die Praxis durch <i>Jack Love</i>	25
3. Problem der Überbevölkerung im Gefängnis	26
II. Entwicklung	27
1. Entwicklung von GPS-Technik	27
2. „ <i>Jessica Lunsford Act</i> “ in Florida	28
3. Erweiterung auf andere US-Bundesstaaten	30
B. Südkorea	32
I. Entstehung	32
1. Einfluss des US-amerikanischen kriminalpolitischen Trends der Ausweitung ambulanter Sanktionen	32
2. Lernaufenthalt zum elektronischen Überwachungssystem	34
3. Pilotprojekt und offizielle Einführung der nächtlichen Ausgangssperre mittels der elektronischen Stimmenerkennung	35

II. Entwicklung	36
1. Eine Reihe schwerer sexueller Missbräuche und Ermordungen von Kindern	36
2. Entstehung des Gesetzes zur elektronischen Aufenthaltsüberwachung für gefährliche (Sexual)Straftäter	37
a) Gesetzesentwurf zur elektronischen Aufenthaltsüberwachung	37
b) Zusatzantrag des Justizministeriums	39
c) Verabschiedung des Gesetzes über die elektronische Aufenthaltsüberwachung von besonders gefährlichen Straftätern	40
3. Verschärfung des Gesetzes zur elektronischen Aufenthaltsüberwachung	41
a) Erste Reform	41
b) Zweite Reform	41
c) Dritte Reform	43
d) Vierte Reform	45
C. Deutschland	48
I. Entstehung	48
1. Skeptische Stimme gegen das neue Instrument der elektronischen Überwachung in den 1990er Jahren	48
2. Heftige Diskussion auf der politischen Ebene	50
3. Hessisches Modellprojekt des „elektronisch überwachten Hausarrests“	52
4. Baden-württembergisches Strafvollzugsprojekt	54
II. Entwicklung	57
1. Urteil des EGMR vom 17.12.2009	57
2. Rasche Reaktion aus der Politik	57
3. Weisung im Katalog der Führungsaufsicht	59
4. Ausweitung der EAÜ auf Terrorismus	60
D. Zusammenfassung	62

Kapitel 2

Kriminalpolitische Analyse	63
A. Bekämpfung von Sexualdelikten und anderen gefährlichen Straftaten	63
I. Sensibilisierung der Gesellschaft bezüglich sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche	63
II. Neue Gesetzgebungen für gefährliche (Sexual)Straftäter	65
III. EAÜ als ein ergänzendes Hilfsmittel der freiheitsentziehenden Unterbringung im Kampf gegen gefährliche (Sexual)Straftäter	72
B. Entwicklung des Sicherheitstrends	74
I. Trend zur Sicherheitsgesellschaft	74

II Veränderte gesellschaftliche Strukturen	75
1. Ökonomische Umwälzungen	75
2. Rückzug des Staates	77
3. Sozio-kulturelle Veränderungen	78
III. Erweiterungen der Sicherheitsdiskurse	80
1. Angst im Alltag	80
2. Massenmedien als Verstärkungsinstrument der Angst	82
3. Endloses Sicherheitsbedürfnis	83
IV. Sicherheitsorientierte Kriminalrechtspolitik	85
V. EAÜ als Ausdruck einer sicherheitsorientierten Kriminalrechtspolitik	88
C. Zusammenfassung	91

*Teil 3***Die verfassungsrechtliche Bewertung und rechtspolitischer Vorschlag der EAÜ 93**

Kapitel 1	
Gegenwärtige rechtliche Ausgestaltung sowie Praxissituation	93
A. USA	94
I. Einführung	94
II. Verschiedene Gesetzesmodelle	95
1. Florida Modell	95
2. Kalifornien Modell	98
3. Massachusetts Modell	100
4. Hybrid Modell	102
III. Aktuelle Praxissituation	103
B. Südkorea	106
I. Einführung	106
II. Geltende Rechtsvorschriften	107
1. Anordnungsvoraussetzungen und erfasster Personenkreis	107
2. Gefährlichkeitsprognose	110
3. Überwachungsdauer	111
4. Überprüfung für die einstweilige Aussetzung der Anbringungsanordnung ..	113
5. Kombination mit den anderen Weisungen	114
6. Datenverwendung und Datenschutz	114
III. Aktuelle Praxissituation	116

C. Deutschland	118
I. Einführung	118
II. Geltende Rechtsvorschriften	120
1. Anordnungsvoraussetzungen und erfasster Personenkreis	120
2. Gefährlichkeitsprognose und Erforderlichkeit	122
3. Überwachungsdauer	124
4. Gerichtliche Überprüfung der Fortdauer	125
5. Kombination mit den anderen Weisungen	126
6. Datenverwendung und Datenschutz	127
III. Aktuelle Praxissituation	129
D. Vergleichende Zusammenfassung	130
I. Personenkreis und Anwendungsgebiet in strafrechtlichen Sanktionen	130
II. Anordnungsvoraussetzungen	131
III. Begutachtung der Gefährlichkeitsprognose	132
IV. Überwachungsdauer	132
V. Gerichtliche Überprüfungen für die vorläufige Aufhebung der Anbringungsan- ordnung	133
VI. Datenverwendung und Datenschutz	134

Kapitel 2

Verfassungsrechtliche Diskussionslage in den 3 Ländern	135
A. Deutschland	135
I. Beschlüsse des LG Rostock und OLG Rostock	136
1. Sachverhaltsdarstellung	136
2. Entscheidungsgründe	137
II. Verfassungsbeschwerde – 2 BvR 916/11	139
III. Wissenschaftliche Diskussionslage	140
B. USA	141
I. Recht auf Privatsphäre	143
1. EAÜ und der Begriff „Search“ im Zusatzartikel IV	143
2. „Reasonable Search“ oder „Unreasonable Search“?	146
II. Recht auf ein faires Verfahren	154
1. „Procedural Due Process“	154
2. „Substantive Due Process“	158
III. Rückwirkungsverbot und Verbot der Doppelbestrafung	165

C. Südkorea	169
I. Überprüfung des Übermaßverbotes	170
1. Herrschende Ansicht	171
2. Mindermeinung	174
II. Verbot der Doppelbestrafung	177
1. Herrschende Ansicht	178
2. Mindermeinung	179
III. Rückwirkungsverbot	181
1. Herrschende Ansicht	182
2. Mindermeinung	182

Kapitel 3

Vergleichende Analyse 183

A. Diskussionspunkte	183
B. Argumentation und Schlussfolgerung	188
I. Menschenwürde	188
1. Verbot entwürdigender und unmenschlicher Behandlung	188
2. Verstoß gegen die Selbstbelastungsfreiheit	191
3. Verzicht auf ein externes Sachverständigengutachten als willkürliche Behandlung?	194
II. Recht auf Privatsphäre und Freiheit	199
1. Prüfungsschema: Öffentliches Interesse vs. Grundrecht von Überwachten ..	199
2. Öffentliches Interesse am Schutz vor gefährlichen Straftätern	200
a) Schwere der Sexualstraftaten	200
b) Rückfallwahrscheinlichkeit	200
c) Präventive Wirkung der EAÜ	201
3. Grundrecht der Überwachten	201
a) Verletzungsgrad des Rechts auf Privatsphäre	201
b) Verletzungsgrad des Rechts auf Freiheit	204
4. Schlussfolgerung	205
C. Was in Deutschland ferner diskutiert werden sollte	206
I. Überwiegende öffentliche Interessen aufgrund der strukturellen Schwäche des Verhältnismäßigkeitsprinzips sowie der zunehmenden Sicherheitsstimmung in der Gesellschaft	206
II. Mangelnde Berücksichtigung des Sonderopfers von Überwachten	208

Kapitel 4

Verfassungsrechtliche Rechtfertigung und rechtspolitischer Vorschlag hinsichtlich der Überwachten als Erbringer eines Sonderopfers	210
A. Sonderopfer im Interesse der Allgemeinheit	210
I. Sonderopfertheorie und Anspruch auf Aufopferungsschädigung	210
II. Sonderopfer bei den Maßregeln der Besserung und Sicherung	211
III. Wird den Überwachten der EAÜ auch ein Sonderopfer auferlegt?	213
B. Staatliche Pflichten infolge des Sonderopfers	215
I. Mindestanforderungen an die Anordnung und Vollstreckung der EAÜ	215
1. Regelungskonzept des BVerfG für Sicherungsverwahrte als Erbringer eines Sonderopfers	215
2. Übertragung der 7 Prinzipien für Sicherungsverwahrung auf EAÜ	216
a) „Ultima-ratio“-Prinzip	217
b) Individualisierungs- und Intensivierungsgebot	218
c) Motivierungsgebot	218
d) Minimierungsgebot	219
e) Rechtsschutz- und Unterstützungsgebot	219
f) Kontrollgebot	219
II. Geldentschädigungsmöglichkeiten für die Sonderopfer im Maßregelrecht	220
1. Kostentragung für die Vollstreckung der EAÜ	220
2. Anspruch auf Schmerzensgeld	222
C. Überprüfung des derzeitigen rechtlichen Stands der EAÜ in Deutschland und Vor- stellung eines rechtspolitischen Vorschlags	224
I. „Ultima-ratio“-Prinzip	224
II. Individualisierungs- und Intensivierungsgebot	224
III. Motivierungsgebot	225
IV. Minimierungsgebot	225
V. Rechtsschutz- und Unterstützungsgebot	226
VI. Kontrollgebot	227
VII. Kostentragungspflicht	228
VIII. Fazit	228

Inhaltsverzeichnis	13
<i>Teil 4</i>	
Schlussfolgernde Zusammenfassung	229
<i>Anhang 1</i>	
Gesetz über die koreanische Bewährung sowie die elektronische Aufenthaltsüberwachung von besonderen Straftätern	234
<i>Anhang 2</i>	
Urteil des Verfassungsgerichts der Republik Korea vom 27.12.2012	253
Literaturverzeichnis	262
I. Deutschland	262
II. USA	271
III. Südkorea	274
IV. Verzeichnis für koreanische Gesetze	280
V. Bezeichnung der koreanischen Rechtsprechung	280
VI. Internetquellen (Zeitung und Report)	281
Stichwortverzeichnis	283